



Niederschrift

57. Plenarsitzung des Gemeinderates  
**21. November 2023**, 9:00 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 1 der Tagesordnung: Tagesordnungspunkt Einzelberatung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2024/2025 einschließlich der Behandlung der Anträge und Anfragen des Gemeinderats sowie der Einwendungen von Einwohnerinnen, Einwohnern und Abgabepflichtigen zum Haushaltsentwurf**

**Antrag 1.10 (Seite 33): HHSM\_GR2 - Mittel für entwicklungspolitische Bildungsarbeiten nicht streichen (GRÜNE, SPD, KAL/Die PARTEI | FDP)**  
Vorlage: DHH/2023/1006

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt (40 JA, 3 Nein)

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit auf der Seite 33 zum Vorschlag der Verwaltung, Wegfall der Mittel für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Da gibt es einen interfraktionellen Antrag der GRÜNE, der SPD, der Karlsruher Liste/Die PARTEI und von FDP, dass das nicht erfolgen soll.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Ich werde auch gleich den nächsten interfraktionellen Antrag mitbehandeln, den Antrag zur Partnerschaftsbörse Eine Welt Karlsruhe e.V. Wenn man das zusammen mit der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sieht, sind es insgesamt 36.000 Euro, die in zahlreiche Projekte fließen. Da werden wichtige kleine Projekte, aber auch riesengroße Projekte angestoßen. Viele Ehrenamtliche sind beteiligt, die Schülerinnen und Schüler befassen sich mit den Entwicklungsländern. Und genau dieser Wissensvermittlung haben wir uns auch verpflichtet. Im Juli 2016 sind wir, die Stadt Karlsruhe, der Resolution des Deutschen Städtetags „Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung“ beigetreten. Damit haben wir uns wieder einmal zu den Sustainable Development Goals bekannt und dass wir diese auf lokaler Ebene umsetzen wollen. Aus unserer Sicht wäre es jetzt kein gutes Zeichen, in Zeiten der zunehmenden Krisen und Unsicherheiten hier zu streichen, sondern im Gegenteil, wir müssen die Entwicklungszusammenarbeit fortführen. Deswegen sprechen wir uns gegen diese Kürzung aus und haben den Antrag gestellt.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Die Kollegin hat viel Richtiges gesagt. Auch wir als CDU-Fraktion lehnen die Kürzung in diesem Bereich, entwicklungspolitische Bildungsarbeit und auch

Partnerschaftsbörse Eine Welt Karlsruhe ab, denn wir halten das für sehr essentielle Projekte. Gerade angesichts der weltpolitischen Lage und der vielen, ich sage mal in Anführungszeichen, Brände, die gerade überall entstehen, halten wir es für sehr wichtig, dass sich im Bereich der Bildung etwas tut, dass wir hier sogar mehr machen müssten als bisher und auch im Bereich der Partnerschaftsbörse. Hier sind viele wichtige Projekte, die zur Selbsthilfe anregen, zum Beispiel im Bereich Brunnenbau, Bohrungen, aber auch viele kleinteilige Projekte. Viel wertvolles Ehrenamt steckt in dieser Arbeit, viel gute Vernetzung, die wichtig ist, um auch andere Teile der Welt und Lebensweisen zu verstehen. Insofern möchten wir, dass diese Projekte auch weiterhin unterstützt werden.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Sowohl die Bildungsarbeit wie die Partnerschaftsbörse dient dem Ziel global denken, lokal handeln. Es sind viele Ehrenamtliche unterwegs, die beispielsweise Rollstühle sammeln und dementsprechend weitermachen. Es sind Bescheide, die wir als Kommune bereitstellen für die Entwicklungsarbeit. Und die sollte so erhalten bleiben.

**Stadträtin Böringer (FDP):** Es ist eigentlich alles gesagt. Für uns ist es wichtig, dass die aufgerufenen Mittel nicht wegfallen. Diese Netzwerke stützen die entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Dieser kostengünstige Blick in die Welt auch für junge Menschen ist zwingend zu erhalten, und der Schaden wäre größer als die Einsparungen.

**Der Vorsitzende:** Wir haben keine Wortmeldung mehr. Wir sind jetzt im Moment bei der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und hatten ausgeführt, dass die Mittel überwiegend bisher nicht mehr abgerufen worden sind und wir deswegen diese Kürzung vorgeschlagen haben. Jetzt begehrt ein Antrag interfraktionell, dass wir diese Mittel wieder einfügen. Und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Wir beantragen nicht die 10.000 Euro, sondern die 5.000 Euro. Nach unseren Informationen sind diese 5.000 Euro sehr wohl abgerufen worden. Wir beantragen aber bewusst nicht die 10.000 Euro, um das vielleicht noch klarzustellen.

**Der Vorsitzende:** Dann wird derjenige, der bisher auch abgerufen hat, wieder mit den 5.000 Euro bedacht. Und die beiden anderen? Okay, alles klar, dann haben wir es verstanden. Dann steht das jetzt hier zur Abstimmung, Ihr Antrag, dass wir die 5.000 Euro wieder einsetzen und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt (**mehrheitliche Zustimmung**).